

10. August 2021
Fraktion DIE LINKE. Berlin

Linksfraktion unterstützt Krankenhausbewegung: Krankenhäuser brauchen mehr Mittel

Beschluss:

Die Situation in den Krankenhäusern ist eine der zentralen politischen Aufgaben in Berlin. Dabei geht es um die Handlungs- und Investitionsfähigkeit von Vivantes und Charité auf der einen Seite und bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung der Beschäftigten auf der anderen Seite.

Die »Berliner Krankenhausbewegung« von ver.di initiiert und das »Bündnis Gesundheit statt Profite« sind wichtige Akteure. Ihre Aktionen bekämpfen Missstände, die wir seit vielen Jahren benennen. Sie organisieren zudem außerparlamentarische Bewegungen und innerbetriebliche Gegenwehr, die wir auf parlamentarischer Ebene unbedingt brauchen.

Die zentralen Forderungen der Berliner Krankenhausbewegung in der laufenden Tarifaueinandersetzung sind: eine klare und individuell einklagbare Vereinbarung zur Personalmindestbemessung auf den Stationen und die Einführung des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes bei den Töchtern der beiden Krankenhauskonzerne, wo es diesen noch nicht gibt.

Beide Forderungen unterstützt die Linksfraktion. Wir fordern die Charité auf, weiter mit ver.di über eine TV-Entlastung zu verhandeln und über eine vernünftige Notdienstvereinbarung auch Arbeitsk Kampfmaßnahmen abzusichern. Das Streikrecht ist ein unverhandelbares Grundrecht. Wir fordern Vivantes auf, jetzt an den Verhandlungstisch zu kommen, um einen Tarifvertrag Entlastung und die Angleichung der Bezahlung in den Töchtern zu beraten und gleichermaßen eine praktikable Notdienstvereinbarung abzuschließen.

Gleichzeitig ist es unsere Aufgabe als Regierungsfraktion, dafür zu sorgen, dass die beiden landeseigenen Krankenhausverbände auch in die Lage versetzt werden, die geforderten Tarifvereinbarungen auch umzusetzen.

Jahrelang hat das Land Berlin zu wenige Investitionsmittel für die Krankenhäuser zur Verfügung gestellt. Zwar konnten wir eine Wende durchsetzen, aber es reicht noch nicht. Linke Gesundheitspolitik in dieser Stadt trägt, im Interesse der Gesamtheit der Berliner Bürgerinnen und Bürger und im Interesse einer zukunftsfähigen Krankenhauspolitik, Verantwortung für die beiden landeseigenen Krankenhausunternehmen Charité und Vivantes, die die Hauptlast der stationären medizinischen Versorgung in dieser Stadt tragen. Dies bedeutet für uns Vivantes und Charité mit ihren insgesamt fast 34.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als wesentliche Säulen der Gesundheitsversorgung in der Stadt in kommunalem Eigentum zu erhalten und ihre wirtschaftliche Existenz langfristig zu sichern.

Es ist unser Anspruch an Vivantes und Charité, dass sie als landeseigene Krankenhäuser vorangehen, wenn es um bessere Bezahlung und um bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten geht. Das Land Berlin als Gesellschafter muss die entsprechenden Rahmenbedingungen zur Umsetzung von Tarifergebnissen sicherstellen.

Wir wollen deshalb:

- Die Lücke zwischen dem von der Berliner Krankenhausgesellschaft nachgewiesenen Bedarf von 350 Millionen Euro jährlich als Finanzierungssumme und dem aktuellen tatsächlichen Finanzierungsvolumen schließen. Die Investitionskosten müssen im Haushalt klar ersichtlich sein. Zur Behebung des Investitionsrückstaus fordern wir einen Sonderinvestitionshaushalt.
- Dass in einem verbindlichen und klaren Zeitplan sichergestellt wird, dass alle Beschäftigten in öffentlichen Krankenhäusern gleiches Geld für gleiche Arbeit auf dem Niveau des TVöD verdienen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Unternehmen über gesteigerte Investitionen um den entsprechenden mittleren zweistelligen Millionenbetrag entlastet werden.
- Wir setzen uns dafür ein, dass der Zentralcampus der gemeinsamen Pflegeakademie von Charité und Vivantes mit dann deutlich erhöhter Raumkapazität schnellstmöglich starten kann. Sollte der Standort Spandau an der Neuendorfer Straße weiterhin nicht zur Verfügung stehen, setzen wir uns für einen Alternativstandort ein. Die Steigerung der Ausbildungskapazitäten ist überfällig.
- Die Berliner Bundesratsinitiative zur Abschaffung der DRG-Finanzierung der Krankenhäuser muss endlich auf den Weg. Gerade Corona hat uns gezeigt, wie falsch diese Finanzierungsgrundlage ist und in welche verheerende personelle Situation die Sparpolitik der letzten Jahre die Krankenhäuser gebracht hat.
- Auch das Beispiel des Entlastungstarifvertrages für das Uniklinikum in Jena zeigt, dass dieser mit einem Landeszuschuss für Investitionen gegenfinanziert werden konnte. Wer – wie wir als LINKE – ein leistungsfähiges öffentliches Krankenhaussystem in Berlin will, muss sich mit uns für die weitere Erhöhung dieser Zuschüsse einsetzen, um endlich gute Arbeitsbedingungen und damit ausreichend Personal in den öffentlichen Krankenhäusern zu ermöglichen.